IMAGEBROKER / VARIO IMAGES

Dekontaminations-Übung in Münster 2009: *Die Ersatzkleidung liefert der Otto-Versand*

ATOMKRAFT

Größter unmöglicher Unfall

Der deutsche Katastrophenschutz ist auf ein nukleares Unglück wie in Japan nicht vorbereitet. Ein durchdachter Notfallplan existiert ebenso wenig wie genügend Ausrüstung für den Fall einer atomaren Verseuchung. Eine Evakuierung größerer Städte halten Experten für nicht machbar.

Ein deutsches Atomkraftwerk darf niemals außer Kontrolle geraten – vor allem nicht nach Feierabend. Diese Erkenntnis kam Heribert Koob in einem bombensicheren Krisenstabsraum im hessischen Heppenheim.

Vor fast drei Jahren probte der oberste Katastrophenschützer des Kreises Bergstraße, begleitet vom nervtötenden Brummen der Lüftungsanlage, mit bis zu 60 Leuten eine Havarie im Kernkraftwerk Biblis. Was bei einem drohenden Reaktorunfall zu tun ist, steht in einem 390-seitigen Ordner mit der Aufschrift „Katastrophenabwehrplan (‚Nur für den Dienstgebrauch!')“: Die Katastrophenschützer ordneten übungshalber eine Evakuierung der Bürger an und fanden auf Seite 79 die Telefonnummern der heimischen Busunternehmen.

Beherzt griffen die Krisenmanager zum Hörer. Doch überall nur Anrufbeantworter. „Die waren alle schon zu Hause“, wundert sich Koob, ein 56-jähriger Mann mit schütterem Haar, noch heute.

Eilends schickten die Heppenheimer Beamten die Freiwillige Feuerwehr los und ließen die Brandschützer bei den Busunternehmern klingeln: „60 Busse haben wir am Ende zusammengetrommelt“, sagt Koob.

Bisher taugte das als lustige Anekdote auf Betriebsausflügen. Doch seit er die

Bilder von den explodierenden Reaktoren in Fukushima gesehen hat, ist Koob das Scherzen vergangen: „In einem solchen Katastrophenfall könnte man hier nicht mehr viel regeln."

Der hessische Katastrophenschützer steht mit seiner pessimistischen Einschätzung nicht allein da. „Wir müssen alles, was wir bislang angenommen, durchgerechnet und simuliert haben, noch einmal auf den Kopf stellen", fordert etwa Peer Rechenbach, oberster Katastrophenschützer Hamburgs.

Ende voriger Woche bestellte das Bundesinnenministerium die wichtigsten deutschen Katastrophenschützer zu einer vertraulichen Sondersitzung nach Berlin ein. Thema: Fukushima und die Folgen.

Eindringlich forderten die Experten, die Verantwortung für den Katastrophenfall möglichst schnell von den Ländern auf den Bund zu übertragen. Fukushima zeige, „dass kommunale Hilfskräfte oder Landeskräfte mit einem Reaktorunfall schnell überfordert wären", sagt Hartfrid Wolff, innenpolitischer Experte der FDP-Bundestagsfraktion. „Wir brauchen eine Koordination auf nationaler Ebene." Die Regierungspartei schlägt dafür die Schaffung des Amts eines nationalen „Inspektors für den Bevölkerungsschutz" vor, der bundesweit koordinieren soll, wann, wo und wie Hilfe möglich ist.

Einen Tag zuvor hatte sich bereits die Strahlenschutzkommission (SSK) in Bonn versammelt. Horst Schnadt, der SSK-Experte für Notfallplanung, legte eine lange Liste zur Prüfung vor. „Dazu zählt auch, die Größe der Evakuierungszonen in Deutschland zu überdenken", berichtet der ehemalige Sachverständige des TÜV.

Letztlich wird die Zukunft der deutschen Atomkraft auch von den Schlüssen abhängen, zu denen die Katastrophenschützer in den kommenden Wochen gelangen. Aus seiner Sicht, so Schnadt, stehe schon jetzt fest: „Wenn wir einen Unfall wie in Fukushima bei uns nicht mehr ausschließen können, dann bedeutet dies das Ende der Kernenergie in Deutschland."

Das Unglück in Japan übertrifft die Phantasie der deutschen Katastrophenschützer bei weitem. Ein solcher Super-GAU galt bislang als undenkbar. So heißt es etwa in dem Notfallratgeber, der an die Bewohner des AKW Gundremmingen verteilt wurde: „Ein nach westlichen Standards gebautes und genehmigtes Kernkraftwerk kann aus physikalischen Gründen nicht explodieren."

Entsprechend schlecht sind die Behörden bundesweit auf den Ernstfall vorbereitet. In den „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz", einer Art Blaupause für die Notpläne der Bundesländer, bedeutet Evakuierung lediglich, dass die betroffenen Bürger „vorübergehend untergebracht, verpflegt und betreut" werden müssen – etwa vor dem „Durchzug" einer radioaktiven Wolke.

In der Vorstellung von Betreibern und Behörden tritt nur vorübergehend radioaktiver Dampf aus einer Anlage – zeitlich wie räumlich begrenzt. In der letzten großen Übung am AKW Brokdorf etwa diente eine gerissene Hauptkühlmittelleitung als fiktive Unfallursache. Eine längere Evakuierung atomar verseuchter Gebiete im Umkreis von 30 Kilometern wie in Fukushima ist in Deutschland nicht vorgesehen. Pläne gibt es allenfalls für einen Evakuierungsradius von zehn Kilometern.

Der Hamburger Katastrophenschützer Rechenbach geht den Super-GAU fachmännisch an. Er zeichnet in seinem Büro mit Blick über den Hauptbahnhof den Verlauf einer Reaktorkatastrophe: Die Linie steigt stark an und bleibt konstant auf hohem Niveau. „Das ist der Alptraum für uns", gesteht er: „Ein so lang anhaltendes Großschadensereignis frisst unsere Ressourcen in Windeseile auf."

Wie kaum einer seiner Amtskollegen muss sich Rechenbach Sorgen um den Ernstfall machen. Hamburg ist umzingelt von vier AKW: Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel und Unterweser. „Alle liegen in einem Radius von rund hundert Kilometern."

Rechenbach hat Verständnis für die japanischen Behörden, die sich lange geweigert haben, eine größere Zone als 20 Kilometer zu evakuieren. Müsste etwa ein Radius von 30 Kilometern um das AKW Krümmel geräumt werden, wären auch die südlichen und östlichen Teile der Millionenstadt Hamburg betroffen. Einige zehntausend Menschen wären vielleicht gerade noch zu bewältigen. Aber wenn die Zahl in die Hunderttausende ginge? Keine Chance.

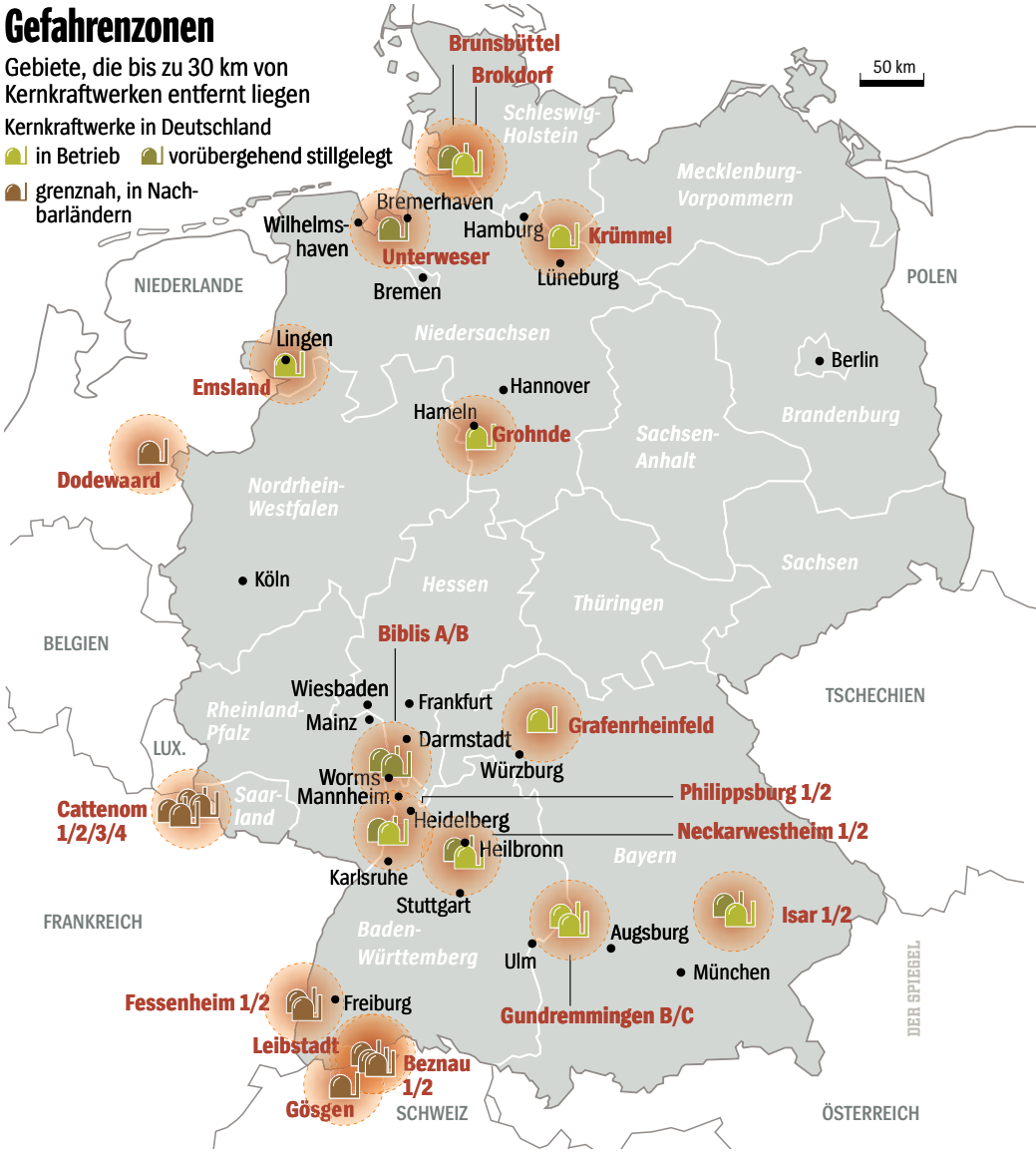
Rechenbach sorgt sich vor allem um Altenheime und Krankenhäuser, um die vielen alleinstehenden Alten. Bei der Oderflut kam es schon bei der Verlegung von zwei Krankenhäusern zu chaotischen Szenen. Je schneller man evakuieren müsste, desto größer das Risiko, mehr Leben durch die Räumung zu verlieren, als zu retten. Unter Katastrophenschützern berüchtigt ist der Hurrikan „Rita", der

Gefahrenzonen

Gebiete, die bis zu 30 km von Kernkraftwerken entfernt liegen

Kernkraftwerke in Deutschland

in Betrieb | vorübergehend stillgelegt | grenznah, in Nachbarländern



2005 im Süden der USA wütete: Von den 120 Todesopfern starben nur 7 durch den Wirbelsturm, viele auf der Flucht vor ihm. „Auch wir müssten gut abwägen, was gefährlicher ist: die Strahlung oder die Räumung“, sagt Rechenbach.

Offen ist auch, wohin mit all den Menschen. „Ich müsste eigentlich heute schon mit einem Tourismusverband im Süden Verträge abschließen, damit die Pensionen dort im Krisenfall Hamburger Atomflüchtlinge aufnehmen“, sagt Rechenbach. „Doch die Kosten für ein solches Abkommen würde mir keiner zahlen.“

Bei einem Super-GAU würde sich zudem rächen, dass im deutschen Einzelhandel, um Lagerkosten zu senken, die sogenannte Ein-Drittel-Regel gilt: An jedem x-beliebigen Tag, so der Lehrsatz, tanken nie mehr als gut 30 Prozent der Bürger oder kaufen Wasser oder Mehl. Rechenbach: „Am Tag X aber stürmen auf einmal alle die Läden.“

ADAM DEAN / PANOS PICTURES / DER SPIEGEL

Evakuierte japanische Stadt Odaka: *„Das ist der Alptraum für uns“*

Schon 1000 Helfer, die bei der Oderflut zum Sandsäcke-Schleppen abkommandiert waren, ließen die Versorgung in der Region wanken. Rechenbach ist überzeugt: „Wir würden die gleichen chaotischen Szenen wie in Japan erleben.“

In der Hamburger Innenbehörde gehen die Experten davon aus, dass bei einer Evakuierung von mehr als 300 000 Bürgern das Leben in der Hansestadt zum Erliegen käme, da es an U-Bahn-Fahrern, Bäckern, Ärzten oder Verkäufern mangelte. Rechenbach: „Dann würde auch der Hafen stillliegen und mit ihm die Versorgung der ganzen Republik mit wichtigen Gütern.“

Nur einen atomaren Ernstfall hat es in Deutschland unlängst gegeben, harmlos und lehrreich zugleich. Im Jahr 2006 hielt sich ein mutmaßlicher Attentäter in verschiedenen Hamburger Wohnungen auf, bevor er nach London flog und mit Polonium den russischen Ex-Spion Alexander Litwinenko vergiftet haben soll. Flughafen und mehrere Wohnhäuser mussten nach Spuren des extrem strahlenden Stoffs abgesucht werden – doch bei dem Großeinsatz der Polizei zeigte sich, dass es den Beamten an Schutzanzügen und Dosimetern fehlte.

Zwar liest sich die Inventarliste aus dem Bundesinnenministerium für den Katastrophenfall beeindruckend. Demnach gibt es deutschlandweit 53 000 persönliche Schutzausrüstungen, 323 Dekontaminationslastwagen sowie 319 ABC-Erkundungswagen. Doch wie gut ist die Ausrüstung? Kritiker monieren etwa, dass die ABC-Autos nicht staubdicht sind.

Für den Katastrophensoziologen Wolf Dombrowsky von der Steinbeis-Hochschule in Berlin deutet dies auf ein psychologisches Grundproblem hin: „Weil die Verantwortlichen den GAU als vollkommen irreal aus ihren Köpfen gestrichen haben, bereitet sich auch niemand ernsthaft darauf vor.“

Dafür sprechen auch die oft hilflos verlaufenden Katastrophenschutzübungen. Ein Teilnehmer des letzten Tests am AKW in Krümmel berichtet etwa davon, dass Helfer nicht wussten, bis in welcher Tiefe sie die Bodenproben zur Bestimmung der Radioaktivität nehmen sollten. Und Mediziner scheiterten daran, die Strahlenmessgeräte im richtigen Winkel auf mutmaßlich kontaminierte Testpersonen zu richten. Schließlich konnte auch niemand so recht die gesundheitlich relevante Strahlenmenge ausrechnen.

Nachdem die virtuell Verstrahlten dekontaminiert worden waren, standen sie in Unterhosen bibbernd in einer Turnhalle herum. Denn für Ersatzkleidung haben die Behörden einen Liefervertrag mit dem Otto-Versand abgeschlossen; der war an der Übung aber nicht beteiligt.

Den Unfallchirurgen Philipp Fischer überraschen solche Berichte nicht. Der 36-jährige Bonner leitet ein mit 2,9 Millionen Euro vom Bundesforschungsministerium finanziertes Projekt mit dem Namen Votekk, das die „Vorbereitung auf Terroranschläge, Krisen und Katastrophen“ untersuchen soll. Fischer initiierte zunächst eine Internetumfrage unter Notärzten, Rettungsassistenten und Krankenhausärzten, die bewerten sollten, wie gut sie sich auf eine „Großschadenslage“ vorbereitet fühlen.

Am häufigsten (28,8 Prozent) gaben sie sich selbst die Note „mangelhaft“. Nur 19,4 Prozent der Notärzte fühlen sich gewappnet, mit radioaktiv verseuchten Menschen umzugehen. Mehr als 90 Prozent der Rettungskräfte forderten dringend eine spezielle Weiterbildung.

Vorigen Monat hielt Fischer das erste Votekk-Seminar ab, bei dem die Versorgung von Verletzten bei einer Großkatastrophe geprobt werden sollte. Sogleich kam es unter den aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Rettern zum Streit, wer eigentlich das Sagen habe.

Verletzte bekommen im Katastrophenfall Karten umgehängt, die den Grad ihrer Verletzung angeben – was für die schnelle Behandlung überlebenswichtig sein kann. Von diesen Triagekarten, so fiel den Notärzten bei dieser Gelegenheit auf, gibt es in Deutschland gleich mehrere verschiedene Ausfertigungen.

Selbst simple Dinge wie Sauerstoffflaschen und Anschlüsse passten nicht zusammen. „Wenn zwei Rettungszüge etwa aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen an ein und demselben Einsatzort aufeinandertreffen, wäre das Chaos programmiert“, sagt Fischer. Den Krisenhelfern bescheinigt er, „maximal schlecht auf eine Katastrophe vorbereitet“ zu sein.

Die Frage ist nur, ob der Bund den Katastrophenschutz wirklich schneller modernisieren könnte als die Länder. So hat das Bundesinnenministerium in Aussicht gestellt, die Länder an 61 Standorten mit einer sogenannten Medizinischen Task Force (MTF) auszurüsten, einer „modularen Einheit“, in der 100 Verletzte über einen Zeitraum von 48 Stunden behandelt werden könnten.

Der Aufbau der MTF wird aber voraussichtlich erst 2020 abgeschlossen sein – pünktlich zum Abschalten der vielleicht letzten deutschen Atomkraftwerke.

Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Barbara Schmid, Holger Stark, Gerald Traufetter